

Zweitens brauchen wir – das hat die Debatte auch gezeigt – einen entsprechend ausgestatteten Titel in unserem Haushalt. Wir sind gefordert, in den Doppelhaushalt 2017/2018 die notwendigen Mittel einzustellen, damit das Geld im Bedarfsfall tatsächlich vorhanden ist. Auch deshalb haben wir unseren ergänzten Antrag gestellt.

Das Dritte noch: Auch wir sind dafür, dass der Bund sich beteiligt. Auch für uns ist das ein nationales Ereignis. Es beschränkt sich nicht auf die Betroffenen in Weilheim, in Schongau, in Simbach, in Mittelfranken und in den sonstigen betroffenen Gebieten. An dieser Stelle zeigt sich wieder etwas, worauf ich in verschiedenen Debatten schon hingewiesen habe: Es ist nie gut zu streiten. Es ist nie gut zu klagen. Es ist nie gut zu drohen. In der Regel trifft man sich mehrmals. Jetzt sind wir in einer Situation, dass Herr Schäuble bzw. der Bund, über den die Staatsregierung sonst immer so klagt, sagt: Ich muss ja nicht zahlen; lieber Freistaat Bayern, du sagst doch immer, du seist der Schönste, der Größte, der Beste; angeblich hast du doch das meiste Geld; dann kannst du dir jetzt auch selbst helfen. "Reden statt streiten" muss da die Devise sein.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie unseren Dringlichkeitsanträgen doch noch zustimmen werden. Wir werden auch den Dringlichkeitsanträgen der anderen Fraktionen zustimmen. Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER müssen wir sagen, dass wir eine Erhöhung der Mittel brauchen; denn sonst bestrafen wir die Kommunen wieder, wenn nur die Mittel im Rahmen des FAG aufgeteilt werden. Das sind aber Details. Diese Details können wir in den Verhandlungen in den nächsten Wochen regeln. Der gute Wille ist entscheidend. Diesen guten Willen fordere ich vom gesamten Haus ein.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Knoblauch. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich dem Finanzminister als letztem Redner das Wort erteile, möchte ich noch eine Gruppe von Gästen aus der Ukraine auf der Ehrentribüne herzlich begrüßen, nämlich die Delegation des Vorsitzenden der Gebietsversammlung des ostukrainischen Gebiets Charkiw mit Dr. Sergej Tschernow an der Spitze. Seien Sie uns alle herzlich willkommen! Wir wünschen Ihnen weiterhin gute Beratungen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich Herrn Finanzminister Dr. Söder das Wort erteilen. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Redner aller Fraktionen und alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben ihr Mitgefühl zum Ausdruck gebracht für das, was wir erlebt haben. Wir haben schon manches Hochwasser erlebt. In den letzten Jahren gab es manche schlimme Naturkatastrophe. Diesmal war es jedoch ganz besonders schlimm; denn Menschen sind zu Tode gekommen. Besonders bewegend ist der Umstand, dass die Menschen bei dieser Katastrophe, die zum Teil in Sekundenbruchteilen oder Minuten hereingebrochen ist, nicht einmal annähernd die Chance gehabt haben, sich zu retten. Wäre diese Katastrophe in der Nacht passiert, wären die Folgen vielleicht noch viel schlimmer gewesen. Den Betroffenen gilt unser Mitgefühl und unsere Trauer. Dies war eine Art Tsunami, der sich in Sekundenbruchteilen entwickelt hat. Die Folgen gingen weit über das hinaus, was wir bisher von solchen Ereignissen gewohnt waren.

Meine Damen und Herren, jetzt ist nicht die Stunde, über langfristige Konzepte zu diskutieren. Das kommt alles noch. Dies ist nicht die Woche, in der wir darüber theoretisieren sollten, welche Maßnahme dort oder dort besser wäre. Jetzt ist es wichtig, dass wir als Staat zeigen, dass wir die Bürger in ihrer Not nicht alleine lassen. Hier geht es um Bürger, die hart arbeiten und Steuern zahlen und ein einziges Mal in ihrem Leben in eine solche Not geraten sind. Der Staat muss in einer solchen Situation bereit sein, seinen Bürgern zu helfen und an ihrer Seite zu stehen.

(Beifall bei der CSU)

Nach den Berichten, die wir lesen, tun sich andere Bundesländer damit schwer, obwohl auch dort schreckliche Ereignisse aufgetreten sind. In Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen wird erklärt, wenn ein Schaden versicherbar gewesen wäre, könne der Staat nicht helfen. Außerdem wird gefragt: Kann der Staat überhaupt helfen? Wir in Bayern haben uns dafür entschieden, keine Debatten theoretischer Art nach dem Motto "Was hätte sein können?" zu führen. Wir betreiben auch keine Schuldzuweisungen. Wir legen stattdessen ein umfangreiches Hilfspaket vor. Wir lassen keinen im Stich. Jeder, der existenziell betroffen ist, kann auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft rechnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben schon leidvolle Erfahrungen mit dem schlimmen Hochwasser des Jahres 2013 gemacht. Ich möchte auch an die Schäden erinnern, die der